

Paul Windolf,
Christian Marx
*Die braune
Wirtschaftselite*
Unternehmer
und Manager in
der NSDAP



Die braune Wirtschaftselite

Paul Windolf ist Professor (i.R.) für Soziologie an der Universität Trier.

Christian Marx, PD Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München.

Paul Windolf, Christian Marx

Die braune Wirtschaftselite

Unternehmer und Manager in der NSDAP

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51559-5 Print

ISBN 978-3-593-45044-5 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2022 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Verwaltungsgebäude des Reichsverbands der Deutschen Industrie bis 1933; ab Juni 1933: Reichsstand der Deutschen Industrie; ab Januar 1935: Reichsgruppe der Deutschen Industrie. Anschrift bis 1933: Königin-Augusta-Str. 28, Berlin. Die Straße wurde im Dezember 1933 in Tirpitzufer umbenannt; im Juli 1947 wurde sie in Reichpietschufer umbenannt. Am 22. Nov. 1943 wurde das Gebäude durch einen alliierten Luftangriff zerstört. Das Bild zeigt das Gebäude mit einer Hakenkreuzflagge im Jahr 1934. © Wikimedia Commons, Family Archives Norbert Radtke
Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe GmbH ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort.....	9
1. Einleitung	13
2. Unternehmer im Nationalsozialismus: Historiographische Tendenzen und öffentliche Meinung nach 1945	29
2.1 Geschichtsdeutungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Entnazifizierung und Nürnberger Nachfolgeprozesse	32
2.2 Systemkonkurrenz und gesellschaftlicher Aufbruch: Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte in den 1960er und 1970er Jahren.....	34
2.3 Die 1980er Jahre als Übergangszeit: Historikerstreit und Zwangsarbeit	41
2.4 Der Boom der Unternehmensgeschichte nach 1989/90	45
2.5 Die Mitglieder der NSDAP als Forschungsgegenstand	52
2.6 Zwischenfazit	55
3. Waren die Unternehmer »Nazis«?	59
3.1 Die Krise der Weimarer Republik	61
3.1 Der Wirtschaftsaufschwung im Nationalsozialismus	72
3.3 Gesinnungen.....	86
4. Motivation: Warum sind Unternehmer in die NSDAP eingetreten?	93
4.1 Anpassungsstrategien	95
4.2 Familienmitglieder in der NSDAP.....	99

4.3 Ideologien	108
4.4 Die Funktion der NSDAP im NS-Regime.....	119
4.5 Tausch und Folgebereitschaft.....	126
4.6 Zwischenfazit	130
5. Stichprobe und empirische Auswertung.....	133
5.1 Die Stichprobe	133
5.2 Auswertungen und Analysen	136
5.3 Wahrscheinlichkeit der NSDAP-Mitgliedschaft.....	157
5.4 Der Zeitpunkt des Parteieintritts	160
5.5 Eine Typologie von NSDAP-Mitgliedern.....	165
5.6 Beitrittsneigung und Motivation	172
6. Ein kollektivbiographische Annäherung an die NSDAP-Mitglieder in der deutschen Wirtschaftselite	175
6.1 Parteifunktionäre	177
6.2 Ministerialbeamte.....	182
6.3 Unternehmer und Manager.....	186
6.4 Netzwerkelite.....	212
6.5 Zwischenfazit	220
7. Kontinuität und Zirkulation der Wirtschaftselite	223
7.1 Zirkulation	224
7.2 Kontinuität.....	226
7.3 Empirische Ergebnisse	231
7.4 Zwischenfazit	246
8. Die Wirtschaftselite im Vergleich zu anderen Elitegruppen	249
8.1 Opportunismus, Ideologie und wertrationale Orientierungen	251
8.2 Mediziner und Juristen.....	255

8.3 Lehrer.....	266
8.4 Ingenieure	271
8.5 Zwischenfazit	274
9. Karrierewege der Wirtschaftselite nach 1945. Qualitative und quantitative Befunde.....	277
9.1 Zwischen individueller Schuld und kollektiver Verantwortung: Zur Entnazifizierung der deutschen Wirtschaftselite	281
9.2 Funktionseleiten in der frühen Bundesrepublik: Qualitative Befunde zu personellen und habituellen (Dis-)Kontinuitäten	298
9.3 Nachkriegskarrieren und personelle (Dis-)Kontinuitäten: Eine quantitative Analyse.....	305
9.4 Zwischenfazit	326
10. Rechtfertigung und Vergangenheitsbewältigung.....	329
10.1 Interpretationen und Deutungen.....	330
10.2 Epilog.....	361
Anhang.....	367
Abbildungen und Tabellen	407
Quellen.....	409
Literatur.....	413
Personenregister	449

Vorwort

Der Anteil der NSDAP-Mitglieder in der deutschen Bevölkerung betrug Ende 1939 annähernd 12 %. Die Unternehmer und Manager der Großunternehmen sind dreimal häufiger in die Partei eingetreten, und bei den Medizinern war jeder zweite ein Parteigenosse. Der Anteil der NSDAP-Mitglieder ist zwar kein zuverlässiger, aber doch ein wichtiger und messbarer Indikator, der es erlaubt, die Nähe oder Distanz einer sozialen Gruppe zum NS-Regime einzuschätzen. Darum geht es in den zehn Kapiteln dieses Buches. Aus unterschiedlichen Perspektiven behandeln sie die Frage, welche Interessen, Motive und Überzeugungen die Mitglieder der Wirtschaftselite veranlasst haben, zu Parteigenossen zu werden und damit eine zumindest formale Loyalitätserklärung gegenüber einem totalitären Regime abzugeben.

Wir verfügen über einen Datensatz, den wir im Rahmen eines Projektes zur Unternehmensverflechtung im 20. Jahrhundert erstellt haben und in dem alle Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der deutschen Großunternehmen für die Jahre 1933 und 1938 enthalten sind. Dieser Datensatz bildete den empirischen Ausgangspunkt für unsere Untersuchung. Eine Stichprobe aus diesem Datensatz wurde im Bundesarchiv in Berlin daraufhin überprüft, welche Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in die NSDAP eingetreten sind. Es gibt zahlreiche Untersuchungen, die den Anteil der NSDAP-Mitglieder bei Ingenieuren, Lehrern, Medizinern und Juristen geschätzt haben. Für die Wirtschaftselite existiert bisher keine derartige Untersuchung. Unser Buch schließt diese Forschungslücke.

Die vorliegende Publikation ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen einem Soziologen und einem Historiker. Die Analysen, Schlussfolgerungen und auch der Stil in den einzelnen Kapiteln sind durch die unterschiedlichen Traditionen und Methoden dieser beiden Disziplinen geprägt. Es geht einerseits um die konkrete Darstellung einzelner Unternehmer und Manager, ihrer Berufsverläufe und ihrer Verstrickung in das NS-Regime. Es geht andererseits um eine statistische Analyse der biographischen Daten und

um die Beantwortung der Frage, welche Faktoren die Beitrittsneigung der Wirtschaftselite zur NSDAP beeinflusst haben. Wir hoffen, dass das Ergebnis unserer Kooperation den Ansprüchen einer »historischen Sozialwissenschaft« genügt – ein programmatischer Begriff, der in den 1970er Jahren von der Bielefelder Schule geprägt wurde.

Der »Kapitalismus« hat bei der Etablierung und Stabilisierung der NS-Herrschaft ohne Zweifel eine wichtige Rolle gespielt. Und der Hinweis, dass die meisten Unternehmer moralisch indifferente Kapitalisten waren, die ihre Entscheidungen ausschließlich an Profitinteressen ausrichteten, ist sicherlich auch zutreffend. Aber das ist keine hinreichende Erklärung für ihr Verhalten während der NS-Herrschaft. »Moralisch indifferente Kapitalisten« gab und gibt es in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Finanzmarktkrise von 2007/08 hat dies erneut gezeigt. Es müssen weitere und verstärkende Faktoren hinzukommen, um die Kollaboration der Wirtschaftselite mit dem NS-Regime nach 1933 zu erklären. Man wird diese Faktoren in den Traditionen, politischen Leitbildern und Ideologien einer konservativen Unternehmerschaft finden können, die in diesem Milieu bereits vor dem Ersten Weltkrieg verbreitet waren.

Zu diesen Traditionen gehörte erstens die Idee einer wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands in Europa, die durch eine militärische Hegemonie abgesichert werden sollte. Diese Idee wurde während des Ersten Weltkriegs bei der Formulierung der Kriegsziele konkretisiert. Bereits damals gab es Unternehmer, die einen »europäischen Binnenmarkt« unter deutscher Kontrolle verwirklicht sehen wollten. Mit dem Konzept einer »Großraumwirtschaft« wurde dieses Ziel während des NS-Regimes in radikalierter Form wiederbelebt. Viele Unternehmer haben diese Pläne – wenn auch nicht unbedingt in ihrer extremen Form – gebilligt und unterstützt.

Zu diesen Traditionen gehörte zweitens die Ablehnung einer liberalen Parteiendemokratie nach westlichem Vorbild. Vor allem Vertreter der Schwerindustrie haben eine Demokratisierung der politischen Institutionen strikt abgelehnt. Für sie war das Kaiserreich ein nostalgisches Vorbild, das ihren Vorstellungen von »Demokratie« weitgehend entsprach. Es war ein Regime, in dem eine zwar immer noch feudale, aber doch aufgeklärte und an den Interessen der Wirtschaftselite orientierte Bürokratie das Machtzentrum bildete. Das Kaiserreich wurde im Ersten Weltkrieg besiegt und war untergegangen. Die NS-Bewegung offerierte den Unternehmern die plebejische und »modernisierte« Variante eines autoritären Regimes. Diese Form

einer Führerdiktatur war nicht unbedingt ihre erste Wahl, aber sie haben sie nach 1933 akzeptiert und unterstützt.

Ein drittes Traditionselement war das patriarchalische Unternehmertum, in dem sich eine soziale Fürsorge für die Belegschaft mit einem »Herr-im-Hause-Standpunkt« verband. Dieser Standpunkt war unvereinbar mit den Ideen einer Sozialdemokratie, die den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit im Rahmen von Tarifverträgen und einer zumindest begrenzten Mitbestimmung lösen wollte. Während der Weimarer Republik hat sich dieser Konflikt nicht entspannt, sondern weiter verschärft. Aus der Perspektive der Unternehmer war zu einem inneren Feind (KPD, SPD) ein äußerer Feind (Sowjetunion) hinzugekommen. Dieses Bedrohungsszenario lieferte die Basis für eine partielle Interessenübereinstimmung zwischen Unternehmern und Nationalsozialismus, die im Schlagwort vom »Antibolschewismus« ihren Ausdruck fand. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften und der politischen Parteien lieferte das NS-Regime, was viele Unternehmer sich von ihm erhofft hatten.

Zu den Ideologien gehörte schließlich ein offener Antisemitismus, der besonders nach dem Börsenkrach von 1873 Verbreitung gefunden hatte und bereits vor dem Ersten Weltkrieg bei den feudalen Eliten »hoffähig« war. Auch Studentenverbindungen, zu denen z.B. der Kyffhäuser-Verband gehörte, propagierten eine antisemitische Ideologie. Während des NS-Regimes wurde dieser Antisemitismus entfesselt und lieferte eine ideologische Basis, auf der sich die Nationalsozialisten und Teile der Wirtschaftselite über die Vertreibung der jüdischen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, über Arierisierung und Enteignung verständigen konnten.

Diese Hinweise verdeutlichen, dass ein kapitalistisches Wirtschaftssystem in die jeweiligen ökonomischen und politischen Institutionen eines Landes eingebettet ist und in seiner konkreten Ausprägung durch sie bestimmt wird. Die Interessen, Entscheidungen und Motive der Wirtschaftselite wurden durch politische Leitbilder und Ideologien beeinflusst, deren Wurzeln ins Kaiserreich zurückreichten und die in Unternehmerfamilien über die Generationen hinweg tradiert wurden.

* * * * *

Wir sind zahlreichen Institutionen und Personen zu Dank verpflichtet, die unser Projekt unterstützt und gefördert haben. Zunächst möchten wir uns bei der Universität Trier bedanken, die die finanziellen Mittel bereitgestellt hat, die für die empirischen Erhebungen im Bundesarchiv in Berlin und in

den einschlägigen Handbüchern erforderlich waren. Wir bedanken uns bei Tom Decker, Benjamin Hachenberg, Laura Ludovicy und Christine Sandow, die die Datenerhebung mit großem Engagement und Sorgfalt ausgeführt haben. Darüber hinaus danken wir den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Archive, die uns bei der Materialsuche behilflich waren und Unterlagen zur Verfügung gestellt haben.

Unser Dank gilt weiterhin Kolleginnen und Kollegen, die das Manuskript oder einzelne Kapitel gelesen und kommentiert haben, die uns wertvolle Anregungen gegeben und vor einigen Irrtümern bewahrt haben. Dazu gehören Klaus Armingeon (Bern), Hartmut Berghoff (Göttingen), Christoph Deutschmann (Tübingen), Alois Hahn (Trier), Michael Hartmann (Darmstadt), Peter Hayes (Northwestern University), Rouven Janneck (München), Konrad Jarausch (Chapel Hill), Karoline Krenn (Berlin) und Morten Reitmayer (Trier). Für alle verbleibenden Irrtümer im Buch sind natürlich die Autoren verantwortlich.

1. Einleitung

Die Bedeutung einer Mitgliedschaft in der NSDAP ist in der Bundesrepublik immer wieder kontrovers diskutiert worden. Prominente Politiker, Unternehmer und Künstler, die nach 1945 mit ihrer NS-Vergangenheit konfrontiert wurden, haben ihre Mitgliedschaft häufig geleugnet oder mit dem Hinweis auf politische Unerfahrenheit entschuldigt.¹

In diesem Buch wird die NSDAP-Mitgliedschaft der Unternehmer und Manager der deutschen Großunternehmen untersucht. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Bedeutung eine Parteimitgliedschaft für die Stabilisierung der NS-Herrschaft hatte. Es ist kaum möglich, eine direkte kausale Beziehung zwischen den Entscheidungen einzelner Unternehmer und dem Erfolg des NS-Regimes nachzuweisen. Dazu ist das Geflecht der Ursachen, das zum Nationalsozialismus führte, zu komplex und verschlungen. Aber auf vielen Feldern gab es eine Übereinstimmung zwischen den politischen Zielen und der Ideologie der NS-Bewegung einerseits und der konservativen Unternehmerschaft andererseits.

Viele Unternehmer waren davon überzeugt, dass politische Veränderungen, die für sie eine zentrale Bedeutung hatten, in der Weimarer Republik nicht verwirklicht werden konnten. Wenn sie Anfang 1939 auf sechs Jahre NS-Herrschaft zurückblickten, konnten sie feststellen, dass das NS-Regime viele ihrer politischen Forderungen erfüllt hatte. Dazu gehörten die Beseitigung des Parteien- und Gewerkschaftsstaates, zu dem sich in ihren Augen die Weimarer Republik entwickelt hatte; die Liquidierung des Klassenfeindes, zu dem sie nicht nur die KPD, sondern auch die SPD und die Gewerkschaften zählten; die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Ende der 1920er Jahre in eine ihrer tiefsten Krisen gestürzt war; und schließlich die mit Hilfe einer forcierten Aufrüstung erreichte Rückkehr Deutschlands in den Kreis der Großmächte. Keine dieser »Maßnahmen« ist

¹ Vgl. dazu die verschiedenen Beiträge in Benz 2009; Erker/Pierenkemper 1999.

von den Unternehmern direkt initiiert worden, aber fast alle dienten ihren ökonomischen Interessen und der Erhaltung ihres sozialen Status.

Die Opposition gegen die Weimarer Republik

In einem Artikel, den Friedrich Meinecke im November 1918 schrieb, wies er darauf hin, »daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes noch heute monarchisch empfindet«.² Mit dieser Einschätzung hat Meinecke einen Konflikt vorausgesehen, der im kommenden Jahrzehnt für die Republik zu einer Dauerbelastung werden sollte. Auf der einen Seite stand die Abdankung der politischen Elite des Kaiserreichs und der Sieg der Republik im November 1918. Auf der anderen Seite stand eine nostalgische Verklärung des Kaiserreichs, das politische Stabilität und nationale Größe garantiert hatte. Wenn auch die meisten Deutschen sich keinen Wilhelm II. zurückwünschten, so blieb das Kaiserreich doch als ein *Maßstab* im kollektiven Gedächtnis lebendig, an dem die junge Republik ständig gemessen wurde.

Für die Unternehmer war das Kaiserreich ein politisches System mit einem stabilen institutionellen Rahmen, in dem sie ihre ökonomischen Interessen weitgehend ungestört verfolgen konnten. Das Kaiserreich hatte die Unternehmen vor Übergriffen geschützt und die revolutionären Utopien des Proletariats in die Schranken gewiesen. In kritischen Situationen – wie dem Bergarbeiterstreik von 1912 im Ruhrgebiet, der nicht zuletzt mit Hilfe des preußischen Militärs im Sinne der Unternehmer entschieden wurde –, hatte es bewiesen, auf welcher Seite es stand.³ In der Weimarer Republik hatte sich die Situation für die Unternehmer grundlegend geändert. Die russische Revolution von 1917 und die November-Revolution 1918 in Deutschland hatten gezeigt, dass die Diktatur des Proletariats nicht nur die utopische Hoffnung einer radikalen Minderheit war. Sie war zu einer »objektiven Möglichkeit« der Geschichte geworden.⁴

Das Feld, auf dem ökonomische Interessen verfolgt und politische Konflikte ausgetragen wurden, hatte sich im Vergleich zum Kaiserreich neu formiert. Die SPD war zur Regierungspartei aufgestiegen und die Rechte der Gewerkschaften waren in verschiedenen Gesetzen gestärkt worden.

2 Meinecke 1958 [1919]: 281.

3 Weber 2010: 30.

4 Vgl. zum Begriff der »objektiven Möglichkeit«: Fetscher 1973.

Ernst Poensgen (1871–1949), Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke und einflussreicher Verbandsfunktionär der Stahlindustrie, publizierte 1932 ein Buch, in dem er diese neue Machtkonstellation beklagte.⁵ Der Gegner war in seinen Augen nicht die NSDAP, die in den Reichstagswahlen von 1932 zur stärksten Partei geworden war. Hauptfeinde blieben die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die seiner Ansicht nach die Macht im Staate erlangt hatten und die unternehmerische Freiheit beseitigen wollten. Für Poensgen waren Sozialdemokraten und Gewerkschaften nicht Sozialpartner, sondern Klassenfeinde.⁶

Die Konflikte zwischen den drei zentralen Akteuren der Weimarer Republik – Staat, Unternehmer und Gewerkschaften – lassen sich am Ruhreisenstreit von 1928 exemplarisch illustrieren: Die Metallarbeitergewerkschaft hatte einen geltenden Tarifvertrag fristgemäß zum 31. Oktober 1928 gekündigt und eine generelle Lohnerhöhung von 15 Pfennig pro Stunde für alle Beschäftigten über 21 Jahren gefordert. Diese Forderung war gleichbedeutend mit einer Lohnerhöhung von fast 19 % für Facharbeiter und von 25 % für ungelernte Arbeiter. Die Arbeitgeber lehnten jede Lohnerhöhung ab und kündigten die Aussperrung von ca. 220.000 Beschäftigten der Metallindustrie zum 1. November 1928 an. Der Streit wurde schließlich im Dezember 1928 durch einen staatlichen Sonderschlichter, Reichsinnenminister Carl Severing (SPD), beigelegt, der jedoch die Kritik und die Ablehnung beider Parteien auf sich zog. Für die Arbeitgeber stellte der Schlichterspruch nicht nur eine unerwünschte Einmischung in die Tarifautonomie dar. Die darin festgelegte Lohnerhöhung war aus ihrer Sicht viel zu hoch, während sie für die Beschäftigten zu niedrig ausfiel.⁷

Mit der beginnenden Wirtschaftskrise wurden Gewerkschaften und Arbeitgeber immer weniger einigungsfähig und der Staat musste immer häufiger als Schlichter in Tarifkonflikte eingreifen. Arbeitskämpfe wurden damit politisiert und die Regierung wurde für das Ergebnis verantwortlich gemacht. Die Arbeitgeber sahen in der staatlichen Schlichtung nur eine Institution, die ihre unternehmerische Autonomie bedrohte und sie zwang, ökonomisch nicht vertretbare Lohnerhöhungen zu akzeptieren. Die Aussperrung von 220.000 Metallarbeitern im November 1928 war keine direkte Abwehrmaßnahme gegen einen Streik der Gewerkschaften, sondern eine »politische« Aussperrung, die sich gegen eine von der SPD geführte Regierung

5 Vgl. die »politischen Briefe« von Ernst Poensgen alias Horst Hammer: Hammer 1932.

6 Weber 2010.

7 Marx 2013: 313.

richtete. Sie war ein Frontalangriff auf die staatliche Schlichtung, die die Arbeitgeber abschaffen und durch betriebsnahe Lohnverhandlungen ersetzen wollten.⁸

Ernst Poensgen gehörte nicht zum extrem konservativen Flügel der Unternehmer. Er unterstützte die NS-Bewegung vor 1933 nicht und trat auch nach 1933 nicht in die NSDAP ein. Aber er stand in Fundamentalopposition zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Weimarer Republik. Zusammen mit der Mehrheit seiner Unternehmerkollegen war er davon überzeugt, dass die institutionelle Ordnung von Weimar und die Lähmung staatlicher Willensbildung durch einen zersplitterten Parteienstaat für die zahlreichen Krisen der Republik verantwortlich waren. Für diese Unternehmer war Weimar vor allem ein »Gewerkschaftsstaat«.

Hinsichtlich der Frage, welche Alternativen es zur Weimarer Republik geben könnte, war das Unternehmer-Lager allerdings gespalten. Zu Beginn der 1930er Jahre bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten lassen sich *wenigstens* drei politische Richtungen identifizieren, mit denen jeweils eine Fraktion des Unternehmerlagers sympathisierte.

Es gab zunächst einen harten konservativen Kern, der offen die NSDAP unterstützte und einer Führerdiktatur unter Hitler zustimmte. Dieser Fraktion lassen sich z.B. Wilhelm Tengemann, Albert Vögler und Kurt von Schröder zurechnen. Innerhalb der Unternehmerschaft war diese Gruppe vor 1933 aber nicht mehrheitsfähig.

Ernst Poensgen – und zahlreiche andere Unternehmer – bevorzugten einen Ständestaat, den bereits Bismarck in die politische Diskussion eingeführt hatte, um die aufstrebende Sozialdemokratie zu schwächen. Intellektueller Protagonist der ständestaatlichen Ideen war Othmar Spann, der von den Interessenverbänden der Unternehmer häufig zu Vorträgen eingeladen wurde.⁹ Im Ständestaat gilt nicht das Prinzip, dass jeder Bürger eine Stimme in einer gleichen und geheimen Wahl hat. Vielmehr setzt sich das Ständeparlament aus berufsständischen Gruppen zusammen (Bauern, Arbeiter, Handwerker, Unternehmer). Auf diese Weise hätte sich das zahlenmäßige Übergewicht der sozialistischen Parteien reduzieren und das politische Gewicht der Unternehmer erhöhen lassen.

8 Fraenkel 1967; Marx 2013: 312–313. Ernst Poensgen und Albert Vögler wiesen darauf hin, dass für das Verhalten der Metallarbeitgeber *nur* wirtschaftliche Motive ausschlaggebend waren und die Aussperrung nicht gegen die Regierung gerichtet war. Vgl. Berg 1978: 395.

9 Othmar Spann (1878–1950) war österreichischer Nationalökonom und Soziologe.

Schließlich gab es eine dritte Gruppe, die mit den politischen Ideen von Edgar Julius Jung sympathisierte. Für Jung war die Weimarer Republik eine »Herrschaft der Minderwertigen« – so der Titel seines Buches von 1927. Jung propagierte eine Herrschaft der konservativen Eliten – eine »Auslese der Besten«, die sich im Gegensatz zum Nationalsozialismus nicht auf die Zustimmung der »Massen« stützen sollte. Auch Jung war ein häufiger Gast der Unternehmerverbände.¹⁰

Vor 1933 stand die Mehrheit der Unternehmer der NSDAP und insbesondere der Person Hitlers skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Unternehmer haben die 13,7 Millionen Wähler, die im Juli 1932 der NSDAP ihre Stimme gaben, nicht mobilisiert, und sie hätten sie auch nicht mobilisieren können. Aber sie haben auf dem Feld der politischen Konflikte eine wichtige Rolle gespielt. Durch ihre Opposition zur institutionellen Ordnung der Weimarer Republik haben sie zum Scheitern und schließlich zum Untergang dieser Republik beigetragen. Die Unternehmer glaubten, auf ihre bürgerlichen Freiheiten verzichten zu müssen, um das »freie« Unternehmertum zu retten.¹¹

Die Liquidierung des Klassenfeindes

Eine zentrale These, die von politischen Ideologen des Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreitet wurde, lautet, dass die Nationalstaaten sich feindlich gegenüberstehen und in einen unerbittlichen Konkurrenzkampf verstrickt sind, der über ihren Untergang oder ihr Überleben entscheidet. Sie können in diesem Konkurrenzkampf nur erfolgreich sein, wenn innerhalb eines Staates alle Kräfte mobilisiert und gebündelt werden. Der Klassenkampf, der Kapital und Arbeit gegeneinander stellt, verbraucht jedoch in einer sinnlosen Weise die produktiven Kräfte eines Volkes und paralyisiert die Nation im globalen Konkurrenzkampf. Der Staat stand dieser Lesart zufolge vor der Aufgabe, eine politische Organisationsform zu finden, die den Kapitalismus konservieren, den Klassenkampf beenden und die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in eine »Volksgemeinschaft« überführen würde.¹²

10 Marx 2013: 408 Fn 200; Winkler 1969: 346 Fn 14, 350 Fn 24.

11 Horkheimer 1988 [1939]: 308.

12 Vgl. dazu die Schrift des in der faschistischen Bewegung einflussreichen rumänischen Ingenieurs und Politikers Mihail Manoilescu: Manoilescu 1936; Schmitter 1974.

In den ersten Monaten des Jahres 1933 wurden die Gewerkschaften und die KPD zerschlagen, die SPD wurde verboten. Das Vermögen dieser Organisationen wurde beschlagnahmt, ihre Führer und Funktionäre wurden in »Schutzhaft« genommen und verschwanden in Konzentrationslagern. Nach dem Reichstagsbrand und der *Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat* Ende Februar 1933 erließ der neu ernannte Reichskommissar für das preußische Innenministerium, Hermann Göring, den Befehl, alle kommunistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten zu verhaften. In 34 preußischen Regierungsbezirken, über die Polizeiberichte vorliegen, wurden in den Monaten März und April des Jahres 1933 insgesamt 16.354 Personen inhaftiert.¹³

Damit war der »Klassenfeind« liquidiert. Der destruktive und auf Exklusion der »Volksfeinde« gerichtete Teil eines Programms zur Verwirklichung der Volksgemeinschaft war in einem ersten Schritt erfüllt.¹⁴ Im Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit hatte das NS-Regime Partei für das Kapital ergriffen. Damit hatte es eine wichtige Vorleistung für den Betriebsfrieden und die Herstellung einer Betriebsgemeinschaft geliefert. Es fehlte noch eine rechtliche Rahmung, die die verbotenen Gewerkschaften und die aufgelösten Betriebsräte in den Unternehmen ersetzen würde. Dieser Rahmen wurde mit dem *Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit* geschaffen.¹⁵

Die dem NS-Regime nahestehenden Juristen lehnten den Arbeitsvertrag als Relikt einer überholten liberalen Rechtsordnung ab und ersetzten sie durch eine »Eingliederungstheorie«. Mit dem Eintritt in den Betrieb wurde der Arbeiter in eine dem Individuum übergeordnete Betriebsgemeinschaft eingegliedert. Dieser Gemeinschaft war er zu Unterordnung und Dienst verpflichtet.¹⁶

Mit dem neuen Arbeitsgesetz wurde eine Refeudalisierung der Arbeitsbeziehungen im NS-Staat eingeleitet. Aus dem Unternehmer wurde der »Führer« des Betriebes, aus den Arbeitern wurde die »Gefolgschaft«, aus vertraglich festgelegten Arbeitsleistungen wurde eine Treuepflicht. Die Gefolgschaft hatte dem Führer des Betriebes »die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten« (§ 2 AOG).

13 Broszat 1967: 17–21; Wirsching 2011: 56–58.

14 Die Exklusion und Vernichtung der jüdischen Mitbürger waren ein weiterer Teil dieses Programms.

15 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Arbeitsordnungsgesetz, AOG), in: Reichsgesetzblatt, Teil I, 1934, Nr. 7, 23.01.1934, S. 45–56.

16 Vgl. dazu das Kapitel »Eingliederungstheorie« in: Rütters 2012: 384–387.

Ein *vertraglich* definiertes Verhältnis zwischen einem Unternehmer und seiner Belegschaft wurde in eine *diffuse* Treuepflicht aufgelöst, die dem »Führer« des Betriebes eine fast unbeschränkte Befehlsgewalt über seine Gefolgschaft gab. Das Arbeitsverhältnis wurde zu einer »personenrechtlichen Treuegemeinschaft« umgedeutet. Es ist nicht verwunderlich, dass die meisten Unternehmer diese Veränderungen begrüßten.¹⁷ Die sozialdemokratische Idee einer Demokratisierung der Betriebe stand für die absehbare Zukunft nicht mehr auf der Tagesordnung. Das NS-Regime hatte einen Paradigmenwechsel in den Arbeitsbeziehungen eingeläutet. An die Stelle von Tarifverhandlungen zwischen autonomen Interessenverbänden trat die Befehlsgewalt des Unternehmers, deren missbräuchliche Ausübung nur durch eine »Ehrengerechtheit« und die vom Staat eingesetzten »Trehänder der Arbeit« eingeschränkt wurde.

Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften konnten in der Weimarer Republik ihre Interessen weitgehend autonom verfolgen. Nach 1933 wurden sie aufgelöst und in Organisationen überführt, die unter der Kontrolle des Staates standen. Das NS-Regime duldete keine unabhängigen Interessenverbände. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Hitlerjugend, der Nationalsozialistische Rechtswahrbund und andere NS-Organisationen waren keine autonomen intermediären Verbände, sondern Kontrollinstrumente in der Hand der NS-Diktatur. Die Liquidierung des »Klassenfeindes« war für die Unternehmer letztlich ein Pyrrhussieg. Auch ihre Verbände wurden aufgelöst und gleichgeschaltet, auch sie haben eine autonome Interessenvertretung verloren und wurden in die NS-Aufrüstungs- und Kriegsmaschinerie eingereiht.¹⁸

Die Profiteure der Aufrüstung

In Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und die dadurch verursachte hohe Arbeitslosigkeit hatte es bereits gegen Ende der Weimarer Republik staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegeben. Diese Maßnahmen wurden nach 1933 fortgeführt, erweitert und dann sehr schnell in die beschleunigte Aufrüstung umgelenkt. Im Jahr 1932 betrug die Ausgaben für die Rüstung 1,4 % des Brutto-Sozialprodukts, bis 1938 stieg dieser Anteil auf 22,1 %. Das NS-Regime war damit zum größten Auftraggeber für die

¹⁷ Spohn 1982: 145, 155.

¹⁸ Abelshauser 2002a.

deutsche Industrie geworden. Von den staatlichen Aufträgen profitierten vor allem die Schwerindustrie, die chemische Industrie und der Maschinenbau.

Der Staat und die Unternehmer traten mit der forcierten Aufrüstung in ein Verhältnis der wechselseitigen Abhängigkeit. Das NS-Regime hätte die Unternehmer und Manager der großen Konzerne – die »Kapitalisten« – nicht *insgesamt* austauschen können, ohne die Aufrüstung und die damit intendierte Kriegsvorbereitung zu paralysieren. Ohne die *aktive Mitwirkung* der Industrie war das vom NS-Regime geplante Aufrüstungsprogramm nicht zu realisieren.

Die Unternehmer ihrerseits wurden durch dieses Programm vom Staat abhängig. Die Abhängigkeit beruhte natürlich zunächst darauf, dass ihre Betriebe immer stärker auf Staatsaufträge angewiesen waren. Die staatliche »Umarmung« ging jedoch noch einen Schritt weiter: Als Kollektiv hätten sich die Unternehmer dem forcierten Aufrüstungsprogramm des NS-Regimes nicht verweigern können, ohne dessen Gewalt- und Terrorapparat herauszufordern. *Einzelne* Unternehmen konnten Aufträge ablehnen oder verschieben – aber nicht die Unternehmerschaft in ihrer *Gesamtheit*. Die Unternehmer hatten an einer Konfrontation mit dem NS-Regime aber auch kein Interesse, und dafür gibt es wenigstens zwei Gründe:

Erstens, die Aufrüstung, die damit intendierte Kriegsvorbereitung und gewaltsame Revision des Vertrags von Versailles und die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der Großmächte gehörten zu jenen politischen Zielen des NS-Regimes, die auf eine breite Zustimmung innerhalb der konservativen Unternehmerschaft rechnen konnten. An diesem Punkt gab es eine weitgehende ideologische Übereinstimmung zwischen den Unternehmern und dem NS-Regime.

Zweitens, die Unternehmer und Manager der großen Rüstungsbetriebe gehörten zu den Profiteuren der Aufrüstung. Empirische Untersuchungen zur Rentabilität der Unternehmen zeigen, dass die Profitrate der großen deutschen Industrie-Aktiengesellschaften von 5,2 % im Jahre 1928 auf 10,3 % im Jahre 1938 gestiegen ist; sie hat sich also fast verdoppelt. Im Vergleich zur übrigen Bevölkerung konnten Unternehmer und Manager auch höhere Einkommen erzielen. Viele Unternehmer gehören zu den Top-1 % der Einkommensbezieher, also zu den »reichen« Deutschen. Der Anteil, den dieses Top-1 % am gesamten Volkseinkommen erhält, betrug 1917 ca. 23 %. Dieser hohe Wert ist auf die Kriegsgewinne während des Ersten Weltkrieges zurückzuführen. Nach 1918 ist dieser Anteil stark gefallen (auf

11,2 %), bis 1938 aber wieder auf 16 % angestiegen. Dieser Wert dokumentiert die durch die Aufrüstung ausgelöste Ungleichheit der Einkommensverteilung nach 1933. Seither haben die Top-1 % einen so hohen Anteil am Gesamteinkommen in Deutschland nicht wieder erreichen können.¹⁹

Wenn man diese beiden Motive im Zusammenhang sieht – eine zumindest partielle ideologische Übereinstimmung mit den politischen Zielen des NS-Regimes und die ökonomische Rentabilität der Aufrüstung für die Unternehmen – wird deutlich, dass die Unternehmer und Manager wenig Veranlassung hatten, sich der forcierten Aufrüstung nach 1933 zu widersetzen. Sie waren – zumindest auf diesem Feld – Kollaborateure.

Antisemitismus und Arisierung

Im späten 19. Jahrhundert entwickelte sich zwischen den deutschen Großunternehmen ein dichtes Netz der Personalverflechtung, das von multiplen Direktoren geschaffen wurde, die Positionen in mehreren Unternehmen hatten: Sie waren Mitglied im Vorstand eines Unternehmens und gleichzeitig im Aufsichtsrat zahlreicher anderer Unternehmen vertreten. Dieses Netzwerk integrierte sowohl die jüdischen als auch die nicht-jüdischen Mitglieder der Wirtschaftselite in einem umfassenden sozialen Netzwerk. Die Mitglieder des Netzes trafen sich in jeweils wechselnden Kombinationen mehrmals im Jahr in den Aufsichtsräten der deutschen Großunternehmen. In diesem Netzwerk waren jüdische und nicht-jüdische Mitglieder durch vielfältige geschäftliche und persönliche Beziehungen verbunden.²⁰

Auf Initiative der unteren NSDAP- und SA-Funktionäre begann bereits im Frühjahr 1933 eine gewalttätige antisemitische Kampagne, die sich gegen jüdische Betriebe richtete. Mit Hilfe von Boykott, Vandalismus und offenem Terror wurde versucht, die jüdischen Eigentümer zur Aufgabe ihrer Betriebe zu zwingen.²¹ Die meisten Unternehmer und Manager haben diesen aggressiven Antisemitismus abgelehnt. Sie hielten ihn für wirtschaftlich irrational, weil sie den Verlust an Kompetenz und Wirtschaftsleistung befürchteten.

19 Zu den Details und Quellen vgl. die Abbildungen 3.1 bis 3.3 in Kapitel 3. Tabelle A3.1 im Anhang zu Kapitel 3 dokumentiert die Einkommenssteigerung für einige ausgewählte Manager.

20 Münzel 2006; Windolf 2011.

21 Genschel 1966; Bajohr 1997: 27–30; Kreutzmüller 2013. Vgl. für eine konzise Zusammenfassung der Forschung: Nietzel 2009.

Die Welle der gewalttätigen Ausschreitungen erreichte jedoch auch die Großunternehmen. Sie wurden gezwungen, die jüdischen Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats zu entlassen. Die meisten Unternehmen haben sich diesem Druck gebeugt. Der Anteil jüdischer Mitglieder in den Führungsorganen der Großunternehmen lag 1928 bei ca. 27 %; Ende 1933 betrug er noch 20 %; bis 1938 sank er auf 11 %.²² Gegen Ende der 1930er Jahre versuchte das NS-Regime, die Anarchie und Korruption der »wilden« Arisierungen einzuschränken. Vor allem die Arisierung der Großbetriebe sollte in wirtschaftlich »rationale« Bahnen gelenkt werden. Bei der Übertragung jüdischer Produktionsbetriebe und Privatbanken sollten – zumindest theoretisch – die folgenden Grundsätze beachtet werden:²³

- Das ökonomische Potenzial der jüdischen Unternehmen sollte für die deutsche Wirtschaft – und insbesondere für die Aufrüstung – erhalten bleiben.
- Die jüdischen Betriebe sollten nicht verstaatlicht, sondern von »arischen« Unternehmen gekauft werden.
- Der Kaufpreis durfte nicht zu hoch sein (dies hätte die jüdischen Vorbesitzer begünstigt), er durfte aber auch nicht zu niedrig sein, da eine Bereicherung der Käufer unerwünscht war.²⁴
- Zum Problem wurde die Finanzierung dieser Transaktionen: Die Käufer mussten die Kaufsumme aufbringen, sei es durch eigene Finanzierungsquellen oder durch Bankkredite. Die deutschen Großbanken haben viele Arisierungen durch Kredite finanziert, um den Unternehmern den Kauf jüdischer Betriebe und Privatbanken zu ermöglichen.
- Der Kaufpreis, den der jüdische Vorbesitzer erhielt, sollte durch eine große Zahl von Steuern, Abgaben und »Sühneleistungen« zu einem hohen Anteil enteignet werden, in die Staatskasse fließen und dort zur Finanzierung der Aufrüstung beitragen.

Ohne die aktive Unterstützung zahlreicher Unternehmer und Bankiers wäre diese Form der Arisierung nicht möglich gewesen.²⁵ Die Käufer wussten,

22 Fiedler 2000; Ziegler 1999; Windolf 2011. Genauere Angaben zu unserem Datensatz finden sich in Kapitel 5.1.

23 Bajohr 2002; Lorentz 2002.

24 »... corporate negotiators had to walk a fine line between offering too much or too little, lest they incur political challenge on either ground«. Vgl. Hayes 1994: 269.

25 Eine Liste *größerer* jüdischer Unternehmen, die von Mannesmann, Hoesch, Flick, Otto Wolff, Siemens u.a. arisiert wurden, findet sich in: Institute of Jewish Affairs of the American Jewish Congress 1943: 32–33.

dass die Bereitschaft zum Verkauf erpresst wurde. Die jüdischen Vorbesitzer wurden häufig aus dem Gefängnis zur Vertragsunterzeichnung vorgeführt. Auch für die Arisierung gilt also die These, die oben formuliert wurde: Die Unternehmer und Bankiers haben die Arisierung jüdischer Unternehmen in den meisten Fällen nicht initiiert, aber ohne ihre Kooperation hätte sie nicht gelingen können, und sie waren die Nutznießer dieser Transaktionen.

Die braune Wirtschaftselite

Die Unternehmer und Manager der Großunternehmen bildeten keine homogene und in sich geschlossene Gruppe. Sie verfolgten unterschiedliche ökonomische Interessen, und sie fühlten sich unterschiedlichen Traditionen und Wertorientierungen verpflichtet. Die Vertreter der Schwerindustrie hatten bereits im Kaiserreich mit Erfolg für eine Schutzzollpolitik gekämpft.²⁶ Ihre Unternehmen gehörten vor und während des Ersten Weltkriegs zu den wichtigsten Rüstungsschmieden der Nation. Aufgrund dieser Traditionen setzten die Vertreter der Schwerindustrie der Autarkiepolitik des NS-Regimes und der forcierten Aufrüstung den geringsten Widerstand entgegen. Die Manager der innovativen Wirtschaftszweige, die ihre Exporterfolge hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung verdankten, lehnten die Autarkiepolitik des NS-Regimes hingegen entschieden ab. Sie standen auch der forcierten Aufrüstung distanzierter gegenüber. Diese unterschiedlichen Interessen und ideologischen Orientierungen markieren Trennungslinien innerhalb der Unternehmerschaft, die eine größere Nähe oder Distanz zum NS-Regime erkennen lassen.

Eine Trennungslinie, die im Zentrum unserer Analysen steht, verläuft zwischen NSDAP-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Für eine Stichprobe von 537 Personen, die zwischen 1933 und 1938 eine Position als Vorstand und/oder Aufsichtsrat in einem deutschen Großunternehmen hatten, wurde die Mitgliedschaft in der NSDAP überprüft. Von diesen Personen sind 37 % in die NSDAP eingetreten. Die Motive, die die Unternehmer veranlasst haben, NSDAP-Mitglied zu werden, sind unterschiedlich. Aber die Mitgliedschaft war freiwillig. Niemand wurde gezwungen, zum Parteigenossen zu werden. Mit ihrem Parteieintritt haben die Unternehmer eine zumindest

²⁶ Die Koalition zwischen »*Roggen und Eisen*«, d.h. zwischen den im *Bund der Landwirte* organisierten ostelbischen Großgrundbesitzern und den im *Centralverband deutscher Industrieller* organisierten Großunternehmen, hat die Schutzzollpolitik im Kaiserreich politisch durchgesetzt. Vgl. Ullmann 1976: 20–22, 93.

formale Konformitätserklärung für das Regime abgegeben. Diese NSDAP-Mitglieder bilden den Kern der »braunen Wirtschaftselite«.

Die Trennungslinie zwischen den Parteimitgliedern der Wirtschaftselite und anderen Unternehmern, die in größerer Distanz zum NS-Regime standen, ist jedoch unscharf und lässt sich nicht klar ziehen. Es gab *innerhalb* der NSDAP Unternehmer, die dem Regime kritisch gegenüberstanden. Dazu gehört z.B. der Hamburger Bankier Cornelius Freiherr von Berenberg-Gossler, der im Mai 1933 zusammen mit seinen Brüdern John und Andreas in die NSDAP eingetreten ist, die Partei im August 1934 aber wieder verlassen hat – vor allem aus Protest gegen den gewalttätigen Antisemitismus des Regimes. Zu diesen Personen wird man auch Hans Walz zählen können, der von 1926 bis 1963 Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH war. Walz gehört zu jenen Managern, die während des NS-Regimes eine befremdliche Verhaltens-Ambivalenz erkennen lassen. Einerseits trat er im Mai 1933 in die NSDAP ein und war zudem Mitglied der SS und im Freundeskreis Reichsführer SS; schließlich wurde er während des Krieges auch zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. Andererseits hat er – mit Zustimmung und Unterstützung von Robert Bosch – die Auswanderung von Juden finanziert und damit einer großen Zahl jüdischer Mitbürger das Leben gerettet. Im Jahr 1969 wurde er dafür von Israel als »Gerechter unter den Völkern« ausgezeichnet. Und es gab *außerhalb* der NSDAP viele Unternehmer, die zu keinem Zeitpunkt der NSDAP beigetreten sind, dem Regime aber sehr nahestanden. Dazu gehört z.B. Albert Vögler, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG. Er war von 1933 bis 1945 »Gast« der NSDAP-Fraktion im Reichstag und ebenfalls Mitglied im Freundeskreis Reichsführer SS. Zu diesen Personen gehört auch das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Georg Emil von Stauff. Er wurde im September 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrats, im Dezember 1933 Vizepräsident des Reichstags und einige Zeit später Mitglied im Zentralausschuss der Reichsbank.²⁷

Der Titel unseres Buches – *die braune Wirtschaftselite* – dient als Metapher, um eine Unternehmerschaft während des Dritten Reiches zu kennzeichnen, deren Mitglieder ein differenziertes Verhältnis zum NS-Regime hatten. Es gab Unternehmer, die eine Mitgliedschaft in der NSDAP mit einer zumindest mentalen Opposition zum Regime kombinierten. Und es gab Manager, denen man eine weitgehende Zustimmung zu und Mittäterschaft mit den

27 Rasch 2003; Kopper 2005: 135–150; Schanetzky 2018.

Verbrechen des NS-Regimes nachweisen kann – ohne dass sie in die NSDAP eingetreten wären.

Beitrittsneigung zur NSDAP

Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Großunternehmen gehörten zum Kern der deutschen Wirtschaftselite. Wenn diese Personen in die NSDAP eintraten, dann hatte ihre Parteimitgliedschaft eine *objektive* Bedeutung – unabhängig davon, welche subjektiven Motive sie veranlasst hatten, Parteigenosse zu werden.

Zunächst hatte die Entscheidung eines Mitglieds der Geschäftsführung, in die NSDAP einzutreten, für die Kollegen und die gesamte Belegschaft eine *Vorbildfunktion*. Wenn selbst die Geschäftsführung die NSDAP in dieser Weise hofierte, konnten viele Opportunisten im Betrieb ihre Parteimitgliedschaft mit dem Hinweis auf das Verhalten der Geschäftsleitung legitimieren.

Die subjektiven Motive und die strategischen Kalküle, die einen Manager veranlasst hatten, zum Parteigenossen zu werden, waren für Außenstehende in der Regel nicht beobachtbar. Sie konnten nur feststellen, dass ein Mitglied der Geschäftsleitung in die NSDAP eingetreten war. Diese Tatsache musste zwangsläufig als eine zumindest *formale* Konformitäts- und Solidaritätserklärung mit dem NS-Regime wahrgenommen werden.

Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder waren mit den großbürgerlichen Kreisen der Weimarer Republik verbunden, die vor 1933 häufig in kritischer Distanz zur NS-Bewegung gestanden hatten. Wenn zahlreiche Vorstandsmitglieder nach der Machtergreifung zu Parteigenossen wurden, war dies ein enormer *Prestigeerwerb* für die NSDAP. Auf diese Personen wurde kein Druck ausgeübt, sich für Parteiämter zur Verfügung zu stellen – und sie haben in der Regel auch keine offizielle Funktion in der Partei übernommen. Die bloße Tatsache, dass Arthur Koepchen (RWE), Ludwig von Winterfeld (Siemens) und andere Vorstandsmitglieder bereits im Mai 1933 in die NSDAP eintraten, war für die NS-Propaganda ein willkommener Beleg, der bewies, dass die NS-Bewegung in der Oberschicht angekommen war.

Die subjektiven Motive, die eine Person veranlasst haben, in die Partei einzutreten, sind zahlreich, komplex und häufig widersprüchlich. Nur wenige Parteimitglieder haben sich dazu geäußert. Zu den Motiven, auf die häufig hingewiesen wird, gehören wirtschaftlicher Zwang, Opportunismus, national-konservative Überzeugungen, strategisches Handeln (um »Schlim-

meres« zu verhüten) oder auch nur gedankenloser Konformismus in einer sozialen Umwelt, in der viele zu Parteigenossen wurden.

Diese individuell-subjektiven Motive sind *nicht* Gegenstand der Analysen, die in den folgenden Kapiteln vorgestellt werden. Wir werden nicht versuchen herauszufinden, warum einzelne Personen – darunter z.B. Friedrich Flick, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Wilhelm Opel, Günther Quandt, Fritz Springorum und andere – in die NSDAP eingetreten sind. Der Mangel an verlässlichen Quellen würde ein solches Vorhaben sehr schnell an eine Grenze führen. Zudem können die Überzeugungen und Gesinnungen, die eine Person zu dieser Entscheidung veranlassten, in der Regel nur am Einzelfall, aber nicht für eine große Stichprobe empirisch überprüft werden.

Wir betrachten die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Großunternehmen als ein Kollektiv, dessen objektive Interessenlage nach 1933 durch die Kontextbedingungen eines totalitären Regimes bestimmt wurde. Die ideologische Ausrichtung und die praktische Politik dieses Regimes haben sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre immer weiter radikalisiert. Das Führungspersonal der Großunternehmen musste auf diese veränderte Konstellation reagieren. In den strategischen Entscheidungen, die nach 1933 getroffen wurden, mussten die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens, die eigenen Karrierewünsche, die ideologischen Überzeugungen und andere Kontextbedingungen berücksichtigt werden. Der Eintritt in die NSDAP war *eine* Anpassungsreaktion (unter anderen), die die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gewählt haben, um auf die Zwänge, die das totalitäre Regime ausübte – aber auch auf die Chancen, die das NS-Regime anbot – zu reagieren.

Die Entscheidung für einen Parteibeitritt wurde sowohl durch die ökonomischen und politischen Kontextbedingungen als auch durch ideologische Überzeugungen beeinflusst. Es war nicht nur ökonomischer Opportunismus, der das Führungspersonal der Großunternehmen veranlasste, in die Partei einzutreten. Daneben haben auch ideologische Überzeugungen, die in der familiären Sozialisation erworben und durch die Peer-Groups in anderen Unternehmen verstärkt wurden, auf die Entscheidung, Parteigenosse zu werden, eingewirkt.

Die Wirkung dieser unterschiedlichen Faktoren auf die Entscheidung zum Parteieintritt wird im Folgenden als die durchschnittliche *Beitrittsneigung*

einer sozialen Gruppe bezeichnet.²⁸ Die Beitrittsneigung wird als prozentualer Anteil der NSDAP-Mitglieder in einer sozialen Gruppe gemessen. Die durchschnittliche Beitrittsneigung zur NSDAP in der Kerngruppe der deutschen Wirtschaftselite betrug 37 %, d.h. mehr als ein Drittel der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder traten während des NS-Regimes in die NSDAP ein. In Kapitel 5 werden wir zeigen, wie diese durchschnittliche Beitrittsneigung mit dem Alter, dem Studienfach, mit der Position im Unternehmen (Vorstand oder Aufsichtsrat) und anderen Merkmalen variiert. In Kapitel 8 werden wir die Frage beantworten, ob ein Anteil von 37 % NSDAP-Mitgliedern in der Wirtschaftselite auf eine besonders hohe oder eher eine niedrige Beitrittsneigung hinweist. In diesem Kapitel wird die Wirtschaftselite mit anderen Professionen verglichen (Juristen, Mediziner, Lehrer). Es wird sich zeigen, dass die Beitrittsneigung der Wirtschaftselite von anderen Gruppen übertroffen wurde. Juristen und Mediziner hatten im Durchschnitt eine deutlich höhere Beitrittsneigung.

Die durchschnittliche Beitrittsneigung zur NSDAP kann auch als eine Maßzahl für die *objektive* Bedeutung interpretiert werden, die ein Parteieintritt für die beobachtende soziale Umwelt hatte. Wenn ein hoher Anteil einer herausgehobenen sozialen Gruppe – z.B. Unternehmer, Mediziner, Juristen – in die NSDAP eingetreten ist, musste dies zwangsläufig positive Rückwirkungen auf die Legitimation und das Prestige des NS-Regimes haben – und dies unabhängig von den subjektiven Motiven der einzelnen Person.

Der Eintritt in die NSDAP war freiwillig. Niemand wurde gezwungen, Parteigenosse zu werden. Eine Zwangsmitgliedschaft wäre mit der Selbstdefinition der NSDAP unvereinbar gewesen. Die NSDAP verstand sich bis zu ihrem Untergang als eine »Gesinnungspartei«, die nur überzeugte Mitkämpfer aufnahm. Diese Definition wurde nach 1933 natürlich zur Fiktion. Ende 1932 hatte die NSDAP ca. 920.000 Mitglieder, Ende 1933 waren es 2,6 Mio. Mitglieder.²⁹ Den Führungskadern der Partei war bewusst, dass diese neuen NSDAP-Mitglieder in ihrer Mehrheit wohl weniger überzeugte Nationalsozialisten, sondern eher Opportunisten waren.

Die NSDAP hat aber nicht versucht, mit Hilfe von Säuberungen diese »Konjunkturritter« aus der Partei zu entfernen – wie dies in der

²⁸ Wir verwenden den Ausdruck »Beitrittsneigung« in Anlehnung an Durkheim (*penchant au suicide*). Vgl. Durkheim 1967 [1897]: 332–333. Jürgen Falter verwendet den Ausdruck »Beitrittsbereitschaft«. Vgl. Falter 2020: 189.

²⁹ Falter/Khachatryan 2016: 187.

Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Stalin geschehen ist.³⁰ Die NSDAP reagierte auf den massenhaften Zustrom mit einem Aufnahme-stopp. Wir werden in Kapitel 4 die These begründen, dass der opportunistische Mitläufer in der NSDAP für die Stabilität des NS-Regimes nicht nur nicht gefährlich, sondern unverzichtbar war. Der überzeugte, aktive und *kritische* Nationalsozialist wäre mit dem totalitären Herrschaftsanspruch einer charismatischen Führerdiktatur unvereinbar gewesen.

Die NSDAP war *gleichzeitig* Gesinnungspartei, Massenpartei (von indifferenten Mitläufern) und gefügiges Instrument in der Hand des Führers. Diese Widersprüche, die in der Organisation der NSDAP und ihrer Position im Herrschaftssystem des NS-Regimes angelegt waren, konnte die Partei bis zum Ende des Regimes nicht auflösen. Sie beeinflussten das Verhalten der Mitglieder und zwangen sie zu unterschiedlichen Anpassungsstrategien. Letztlich bot das NS-Regime der Wirtschaftselite einen Tausch an: Es verteilte ökonomische und symbolische Belohnungen im Austausch für eine kritiklose formale Zustimmung zur Ideologie und Politik der NS-Herrschaft.

30 Schapiro 1966: 422–423.

2. Unternehmer im Nationalsozialismus: Historiographische Tendenzen und öffentliche Meinung nach 1945

Als Hannah Arendt in ihrem meisterhaften Werk über die Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft den Versuch unternahm, das Wesen totalitärer Bewegungen zu erfassen, unterschied sie drei zentrale Gruppen: die Sympathisanten, die Parteimitglieder und die Eliteformationen. Demnach war das Parteimitglied für die Angehörigen der Eliteformationen genauso wenig radikal wie der Sympathisant für das Parteimitglied.¹ Arendt versuchte damit unterschiedliche Abstufungen von Radikalität und Macht auszudrücken. Jenes Gedankenkonstrukt ersetzt weder eine sozialstrukturelle Analyse der NSDAP-Mitgliedschaft noch gibt es eine verlässliche Aussage über die ideologische Nähe der Parteimitglieder zum Nationalsozialismus, gleichwohl kann die stabilisierende Funktion von ca. acht Millionen Parteimitgliedern für das NS-Regimes kaum bestritten werden. Dies gilt auch und in besonderer Weise für die ökonomische Elite, gegen deren vereinten Willen das NS-Aufrüstungsprogramm der 1930er Jahre kaum durchzusetzen gewesen wäre.

In diesem Kapitel wird daher nachgezeichnet, welches Bild in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft über Unternehmer und ihr Handeln im Nationalsozialismus nach 1945 abgegeben wurde, inwiefern ihnen eine Verantwortung für den Nationalsozialismus zugeschrieben wurde, und wie sich diese Perspektiven im Zeitverlauf verschoben. In diesem Zusammenhang werden insbesondere Studien einbezogen, die nach dem grundsätzlichen Verhältnis von Wirtschaft und Nationalsozialismus fragen. Dass sich unter der Vielzahl rechtsradikaler Parteien und völkischer Bewegungen gerade die NSDAP erfolgreich durchsetzte, führt Ulrich Herbert darauf zurück, dass sie als einzige Formation über eine herausgehobene Führungspersönlichkeit verfügte, die die Partei einte und breite Bevölkerungsteile begeisterte.²

1 Arendt 2001: 772.

2 Herbert 2014: 280.

Hierin unterschied sich die NSDAP von der DNVP, die von Alfred Hugenberg angeführt und in weiten Teilen der Unternehmerschaft geschätzt wurde. In einem weiteren Abschnitt werden deshalb einige Forschungsergebnisse zusammengetragen, die sich mit der Frage beschäftigen, ob und warum Personen der NSDAP beigetreten sind, inwiefern ein Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und NSDAP-Mitgliedschaft besteht, und wie groß die ideologische Nähe von Parteimitgliedern zum NS-Regime war.

Obschon die antibürgerlichen Postulate von Volksgemeinschaft und nationalem Sozialismus in weiten Teilen des Bürgertums auf heftige Ablehnung stießen – besonders in der Unternehmerschaft und im Bildungsbürgertum – arrangierten sich beide Gruppen recht schnell mit den Zielen der NSDAP und traten zu erheblichen Teilen in die Partei ein. Es stellt sich folglich die Frage, warum beide Gruppen hierzu bereit waren. Während Herbert für die Professoren als die Kerngruppe des deutschen Bildungsbürgertums feststellt, dass sich die Nationalsozialisten hier früher und leichter als in der Gesamtgesellschaft festsetzten, fehlt eine entsprechend breit angelegte Untersuchung zur Unternehmerschaft und ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP.³

Dabei wurde das Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus in den letzten Jahrzehnten mehrfach lebhaft diskutiert. Bereits 1932 bildete John Heartfield in einer politischen Collage für das bald weit verbreitete Titelbild der Arbeiter Illustrierten Zeitung unter der Schlagzeile »Der Sinn des Hitlergrusses – Motto: Millionen stehen hinter mir!« Adolf Hitler mit zum Gruß nach hinten geklappter Hand ab, in die ein wohl gekleideter, archetypischer Industrieller mehrere Tausend-Mark-Scheine legte.⁴ Hier stand der Verdacht im Raum, die Machtergreifung der Nationalsozialisten sei im Wesentlichen auf die Unterstützung industrieller Kreise zurückzuführen. Nicht zuletzt die von Emery Reves 1941 herausgegebene Autobiografie »I paid Hitler« über Fritz Thyssen trug hierzu bei. Auch wenn es sich hierbei nicht um authentische Lebenserinnerungen handelt, so gibt das Buch dennoch Einblicke in die Mentalität eines Industriellen, der sich Anfang der

3 Herbert 2014: 364–369; Jansen 1992. Auch das jüngst von Sven Felix Kellerhoff vorgelegte Buch bietet hierzu keine Erkenntnisse. Es stützt sich auf die Berichte von 550 Männern und 36 Frauen, die auf eine Anfrage des in die USA ausgewanderten Soziologen Theodore Abel 1934 ihren Weg in die NSDAP schilderten, und behandelt vor allem den Zeitraum bis Januar 1933. Vgl. Kellerhoff 2017.

4 »Der Sinn des Hitler-Grusses«, Arbeiter Illustrierte Zeitung Nr. 42 (1932), Berlin, 16. Oktober 1932.

Umgang von Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit bietet zahlreiche, gut recherchierte Passagen zum Wandel des geschichtswissenschaftlichen Blicks auf das Verhältnis von Wirtschaft und Nationalsozialismus.⁸ Im Folgenden werden jene langen Entwicklungslinien und Positionsverschiebungen in der öffentlichen und historiographischen Behandlung von Unternehmen dargestellt, um zu verdeutlichen, welchen Beitrag eine quantitativ angelegte Untersuchung über die NSDAP-Mitgliedschaft der Unternehmer zum Verständnis der NS-Wirtschaft leisten kann.⁹

2.1 Geschichtsdeutungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Entnazifizierung und Nürnberger Nachfolgeprozesse

Auch wenn sich noch vor Kriegsende Konflikte zwischen den Alliierten abzeichneten, einte sie bei Kriegsende doch der Wille, die militärischen, ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen des Nationalsozialismus unwiederbringlich zu beseitigen. Dabei etablierte sich bereits mit dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg ein rhetorisches Muster, das der Kollektivschuld entgegentrat und die NS-Verbrechen wenigen Personen zuwies. Mit den Fragebögen der Entnazifizierungsbehörden mussten schließlich auch große Teile der Bevölkerung Rechenschaft über ihre NS-Zeit ablegen, auch wenn sich die Verfahren in der Praxis letztlich primär als Mittel zur Rehabilitierung herausstellten. Vor dem Hintergrund der leidvollen Kriegserfahrungen entwickelten sich hier erste Ansätze eines Entlastungsnarrativs, das in der Selbstviktimisierung seinen wichtigsten Ausdruck fand und gleichfalls in die (Unternehmens-)Geschichtsschreibung hineinwirkte.¹⁰

Trotz des Potsdamer Abkommens legten die Siegerstaaten ihre Besatzungspolitik in den vier Zonen schon 1945 unterschiedlich aus. Der NSDAP-Mitgliedschaft kam vor allem im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands eine hohe Bedeutung zu, auch wenn »einfache« NSDAP-

8 Brünger 2017; Brünger 2018.

9 Vgl. für historisch-soziologisch angelegte Untersuchungen zur Kontinuität der deutschen Wirtschaftselite über die Zäsuren 1933 und 1945 hinweg, die die NSDAP-Mitgliedschaft der Unternehmer jedoch nicht systematisch analysiert haben: Erker 1994; Fiedler/Lorentz 2003; Joly 1998: 107–135; Unger 2003.

10 Frei 2005.

Mitglieder hier ab August 1947 gleichfalls weitgehend von der Strafverfolgung ausgenommen wurden.¹¹ Auch die USA formulierten hohe Ansprüche an die personelle Entnazifizierung der deutschen Wirtschaft. Die Fragebögen und Spruchkammerverfahren bildeten eine wesentliche Entscheidungsgrundlage, auch wenn sie erhebliche Interpretationsspielräume eröffneten. Da alle Hierarchieebenen des Unternehmens von den Maßnahmen der Alliierten betroffen waren, entstanden nicht selten »Verständnisbrücken« zwischen Belegschaft und Unternehmensleitung.¹² Die den Unternehmern zugeschriebene Verantwortung für die NS-Verbrechen zeigte sich nicht zuletzt in den Nachfolgeprozessen vor dem Nürnberger Militärtribunal, von denen sich drei explizit gegen Unternehmer deutscher Großkonzerne richteten (Flick, Krupp, IG Farben).¹³

Bei den Vorbereitungen des Internationalen Militärgerichtshofs hatten nicht nur amerikanische und britische Juristen mitgewirkt, auch Politikwissenschaftler, Historiker und Ökonomen gaben Stellungnahmen ab, wie der Nationalsozialismus zu begreifen sei. Besonders die von Franz L. Neumann im Exil verfasste staatsrechtliche Studie »Behemoth« entfaltete eine gewisse Wirkungsmächtigkeit, auch wenn die Nürnberger Ankläger im Gegensatz zu Sozialwissenschaftlern und Historikern vor der Aufgabe standen, individuell zurechenbare und strafrechtlich relevante Schuld nachweisen zu müssen.¹⁴ Neumann zufolge war das »Dritte Reich« nicht als Staat zu begreifen, vielmehr sei es durch vier Machtblöcke (NSDAP/SS, Militär, Bürokratie, Monopolwirtschaft) gekennzeichnet gewesen, die in der NS-Kriegswirtschaft zunehmend verschmolzen seien. Neumanns Betonung der Bedeutung von Kartellen passte sich in die US-amerikanische Antikartelltradition ein und bestärkte die US-Ankläger in ihrem Vorgehen gegen Kartelle und Großkonzerne. Wie Kim Priemel eindrucksvoll nachgewiesen hat, kulminierten die Industriellen-Prozesse daher in einer Differenzierung zwischen einem guten Kapitalismus mit einer liberalen, wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft und einer pervertierten Form des Kapitalismus, in dem sich die ökonomische Macht bei wenigen, teils staatsnahen Konzernen konzentrierte.¹⁵

11 Ahrens 2010a; Brünger 2017: 139–140.

12 Niethammer 1982; Plato 1992: 302; Rauh-Kühne 1995.

13 Brünger 2017: 62–94.

14 Neumann 2009; Ahrens 2010b; Nolzen 2004.

15 Priemel 2016.

Während die US-Ankläger von Deutschland das Bild eines aggressiven Industrieimperiums zeichneten, mobilisierten die deutschen Unternehmer ihre Ressourcen, gründeten mit Mitteln der Schwerindustrie ein sogenanntes »Industriebüro« zur Koordination ihrer Rechtsanwälte und entwickelten eine einheitliche Verteidigungslinie, die sie als unpolitische Unternehmer in einer diktatorischen Zwangswirtschaft darstellte. Auf individueller Ebene mündete dieses Gegennarrativ in stereotype Selbstbeschreibungen des unpolitischen Technikers, begnadeten Ingenieurs und anständigen Kaufmanns, die sich wunderbar in den sich etablierenden Wirtschaftswundermythos einfügten.¹⁶ Die Richter in Nürnberg folgten jener Argumentation zumindest in Teilen. Infolgedessen gewannen die Unternehmer in den 1950er Jahren eine neue Selbstsicherheit und kämpften insbesondere mit publizistischen Mitteln um ihre Rehabilitierung.¹⁷ Zwangsarbeit und Arisierungen spielten in den Selbstdarstellungen jener Zeit noch keine Rolle, stattdessen wurde die NS-Zeit weitgehend ausgeklammert oder durch den Fokus auf Technik und Forschung entkonkretisiert.¹⁸ Das von den Unternehmern in Nürnberg erzeugte Bild blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit Unternehmen im Nationalsozialismus. Die Unternehmensgeschichte – allen voran Wilhelm Treue und die von ihm gegründete Zeitschrift »Tradition« – tradierte lange Zeit ähnliche Geschichtsbilder wie die Unternehmer selbst und blieb damit hinter dem Stand der Nürnberger Gerichtsverhandlungen zurück, in denen unterschiedliche Positionen um Deutungshoheit miteinander gerungen hatten.¹⁹

2.2 Systemkonkurrenz und gesellschaftlicher Aufbruch: Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte in den 1960er und 1970er Jahren

Ende der 1950er Jahre setzte im politisch-rechtlichen wie im wissenschaftlichen Feld im Zuge der wiedereinsetzenden Strafverfolgung von NS-Verbrechen ein Wandel im Umgang mit der NS-Geschichte ein.²⁰ Der Umschwung

16 Brünger 2017: 53–57, 62–83.

17 Wiesen 2001: 94–156.

18 Brünger 2017: 120–128.

19 Brünger 2017: 128–131.

20 Herbert 2014: 769–777; Reichel 2001: 152–160.

von der verordneten alliierten zur freiwilligen deutschen Vergangenheitsbewältigung – besonders prägnant in den Auschwitz-Prozessen ab 1963 – ging mit Verschiebungen innerhalb der historiographischen Behandlung des Nationalsozialismus einher. Eine jüngere Generation von PolitikwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen nahm nun einen kritischeren Standpunkt gegenüber der deutschen Geschichte ein. Fritz Fischers Thesen von der historischen Verantwortung Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die theoretischen Grundlagen der westdeutschen Geschichtswissenschaft.²¹

Die Studie von Dietmar Petzina über den Vierjahresplan und die Autarkiepolitik im »Dritten Reich«, in der er mit der bis dahin verbreiteten Vorstellung einer NS-Wirtschaftsdiktatur brach und die vielfältigen Partikularinteressen der NS-Wirtschaftspolitik herausarbeitete, gilt als Wegmarke im Paradigmenwechsel der NS-Wirtschaftsgeschichtsschreibung.²² Für Norbert Frei steht die 1969 von Martin Broszat verfasste Strukturgeschichte des Nationalsozialismus an der Wiege des daraufhin einsetzenden historiographischen Deutungstreits. Im Unterschied zum bis dahin verbreiteten Bild einer allgemeinen Gleichschaltung 1933 wies Broszat darauf hin, dass es den Unternehmern in den Anfangsjahren des NS-Regimes durchaus gelungen sei, Einflussversuche seitens der NSDAP abzuwenden.²³ Ähnlich kam auch Karl Dietrich Bracher 1969 zu dem Befund, dass die gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen in Deutschland nie vollständig zerstört worden seien.²⁴

Neben jenen Veränderungen auf dem Feld der westdeutschen Historiographie wirkte ab den 1960er Jahren vor allem die verschärfte Kritik seitens der DDR-Forschung auf die (marxistisch orientierte) Geschichtswissenschaft im westlichen Teil Deutschlands ein.²⁵ Infolge des durch den Mauerbau 1961 bedingten Legitimationsverlusts verstärkte die DDR ihre Kampagnenpolitik gegenüber der Bundesrepublik. Dabei lag der Fokus zunächst auf den Bereichen Justiz und Politik, auch weil Vorstöße gegen Flick, Abs oder die IG Farben deutlich weniger Resonanz in der westdeutschen Öffentlichkeit hervorriefen.²⁶ Eine neue Qualität erreichte der Einfluss der DDR mit

21 Berghahn 1980; Jarausch 2003; Große Kracht 2005b.

22 Petzina 1968.

23 Broszat 1969.

24 Bracher 1969; Frei 2010: 10–11.

25 Kershaw 1988: 58–59.

26 Brünger 2017: 140–146.

den Materialsammlungen der »Braunbücher«, in denen Laufbahnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen vor und nach 1945 nachgezeichnet wurden, um die personellen Kontinuitäten zur Bundesrepublik zu verdeutlichen.²⁷

Parallel entwickelte sich in der DDR die Betriebsgeschichte zu einem wirkungsmächtigen Zweig innerhalb der Wirtschaftsgeschichte, die der westdeutschen Unternehmensgeschichte einige Leerstellen aufzeigte.²⁸ Hierzu gehörten auch die Studien von Jürgen Kuczynski, der nach seiner Emigration 1945 als US-Oberstleutnant im Auftrag des United States Strategic Bombing Survey nach Deutschland zurückgekehrt war. Im Jahr 1964 trat er als Gutachter im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess auf und verwies auf die Verflechtung sicherheitspolizeilicher und wirtschaftlicher Interessen zwischen der IG Farbenindustrie und der SS im Fall des KZ Auschwitz.²⁹ Darüber hinaus entwickelte Kuczynski die marxistisch-leninistische Faschismustheorie fort, indem er die faschistischen Massenbewegungen nicht länger als Marionetten eines einheitlichen Komplexes von Großindustrie und Finanzkapital ansah, sondern – im Sinne der von ihm entwickelten Monopolgruppentheorie – konkurrierende Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Herrschaftsstilen auf Seiten der Unternehmer voneinander abgrenzte. Dabei differenzierte er zwischen den stärker konservativ-autoritär ausgerichteten Schwerindustriellen und den moderner eingestellten Leitungsfiguren der neueren Branchen Chemie- und Elektroindustrie. Gleichwohl blieb jener Interpretation zufolge Politik im Wesentlichen eine direkte Funktion der Ökonomie.³⁰

Das Zusammenspiel von deutsch-deutschem Systemwettstreit, erleichtertem Zugang zu Archivmaterial und gesellschaftlichem Aufbruch, in dessen Rahmen linke Faschismustheorien in Westeuropa eine Renaissance erlebten und alternative Deutungen in Form der Kritischen Theorie nachgefragt wurden, führten schließlich dazu, dass die Rolle der Unternehmer im Nationalsozialismus ab Mitte der 1960er Jahre neu diskutiert wurde. Einen entscheidenden Anstoß hierzu gab der britische Historiker Timothy Mason, der sowohl die bisherige Forschung im Westen kritisierte als auch die überkommene Dimitroff-These des Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals als verfehlt ansah. Mason folgte einer marxistischen Linie, war

27 Brünger 2017: 146–147.

28 Kuczynski 1963; Osterloh 2010.

29 Green 2017; Schmaltz 2001.

30 Kershaw 1988: 55–59; Kuczynski 1962.

jedoch der Ansicht, dass die NS-Politik der Kriegszeit nicht mit den imperialistischen Interessen des Monopolkapitals erklärt werden könne. Ihm zufolge waren Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft die Ursache für die Verselbständigung des NS-Staatsapparats, welche schließlich zu einem »Primat der Politik« geführt habe.³¹ Damit löste er eine langjährige Debatte über das »Primat der Politik« oder das »Primat der Wirtschaft« aus, die durch ihre Dichotomie im Grunde bedeutsamere Fragen nach den Wechselwirkungen zwischen beiden Bereichen überdeckte.³²

Der Rückbezug Masons auf einen marxistischen Ansatz rief vor allem heftige Reaktionen der DDR-Historiker hervor.³³ Für Kurt Gossweiler und Dietrich Eichholtz war der NS-Staat durch Richtungskämpfe innerhalb des Monopolkapitals geprägt.³⁴ Gossweiler betonte die zentrale Rolle der Großbanken im deutschen Wirtschaftssystem und sprach sich daher für eine stärkere Differenzierung zwischen Industrie und Finanzkapital aus.³⁵ Als Analyseinstrument erwies sich der Monopolgruppenansatz jedoch als problematisch, weil er den verschiedenen Fraktionen des Monopolkapitals eine grundsätzliche Interessengemeinsamkeit unterstellte. Trotz der Differenzierung unterschiedlicher Kapitalisten-Gruppen hielten die DDR-Historiker im Endeffekt an der These vom »Primat der Ökonomie« und der Idee des »Staatsmonopolistischen Kapitalismus« fest.³⁶

Auch Eberhard Czichon wandte sich gegen Masons Primat-Interpretation und kritisierte jüngere westdeutsche Historiker, da sie entscheidende Zusammenhänge kapitalistischer Eigentums- und Gesellschaftsstrukturen verkennen würden, wenn sie ökonomische Prioritäten negieren und Hitlers Person überhöhen würden. Für ihn war die Machtergreifung der Nationalsozialisten auf eine Verständigung der von den Schwerindustriellen dominierten Finanz-Industrie-Gruppe mit Repräsentanten der Chemie- und Elektroindustrie zurückzuführen.³⁷ Czichon stach unter den DDR-Historikern vor allem durch seine umfangreichen Nachforschungen zur Rolle von Hermann Josef Abs und der Deutschen Bank im Nationalsozialismus hervor.³⁸ Bereits 1967 hatte er in Westdeutschland eine Broschüre unter dem

31 Mason 1966: 474.

32 Kershaw 1988: 89–103. Vgl. zur Historisierung der Primat-Debatte: Sachse 2010.

33 Ruge 1983.

34 Eichholtz/Gossweiler 1968; Mason 1968; Saage 2007: 41–47.

35 Gossweiler 1971.

36 Neebe 1981: 9–13.

37 Czichon 1968.

38 Czichon 1967b; Czichon 1967c.

Titel »Wer verhalf Hitler zur Macht?« veröffentlicht, in der er eine Gruppe deutscher Industrieller, Bankiers und Großagrarien für den Aufstieg Hitlers verantwortlich machte.³⁹ In seiner 1969/70 vorgelegten Monographie über Abs zeichnete er den Aufstieg der Deutschen Bank zu Deutschlands führender »Monopolbank« nach und stellte Abs als die Verkörperung der Kontinuität imperialen Machtstrebens bis in die Bundesrepublik dar.⁴⁰

Zwar folgte die westdeutsche Presse weiterhin den Selbstdeutungen der Deutschen Bank, und auch Wilhelm Treue schlug sich letztlich auf ihre Seite, dennoch eskalierte der Konflikt 1970, als die Deutsche Bank und Abs Klage gegen Czichon und den Pahl-Rugenstein Verlag wegen Verleumdung und übler Nachrede einreichten. Abs wehrte sich vor allem gegen die Anschuldigung, persönlich von der Arisierung jüdischer Firmen profitiert zu haben und ein überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein. Brünger hat jenen Konflikt zwischen Czichon und Abs jüngst detailliert nachgezeichnet.⁴¹ Letztlich war die Deutsche Bank mit ihrer Strategie, gegen Einzelbehauptungen von Czichon vorzugehen, vor Gericht erfolgreich, auch weil dieser die Quellen an einigen Stellen sehr weit ausgelegt hatte. Bemerkenswert war die Vehemenz, mit der die Bank gegen Czichon und Publikationen, die seine Argumentation aufgriffen – wie das Buch von George W.F. Hallgarten und Joachim Radkau über *Deutsche Industrie und Politik* –⁴² vorgingen. Erst Ende der 1990er Jahre wurde die opportunistische Interessenkongruenz zwischen Deutscher Bank und NS-Regime in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft thematisiert.⁴³

In der Bundesrepublik zeigte sich in der Primatsdebatte schon frühzeitig, dass die Vorstellung, die Nationalsozialisten seien Marionetten der Großindustrie gewesen, keine breite Akzeptanz finden würde. Hierauf verwiesen schon die frühen Arbeiten von Petzina.⁴⁴ Gleichwohl galt das Motto, dass vom Faschismus zu schweigen habe, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, auch im Westen Deutschlands in den 1970er Jahren als Gemeinplatz.⁴⁵ In Bezug auf das Verhältnis von Wirtschaft und Politik tat sich Mason Mitte der 1970er Jahre nochmals hervor, indem er aus Anhaltspunkten

39 Czichon 1967a.

40 Czichon 1969; Czichon 1970.

41 Brünger 2017: 162–199.

42 Hallgarten/Radkau 1974.

43 »Banken: Abs. Vollkommen rein«, in: Der Spiegel 46/1970, 09.11.1970: 119–120; Gall 2004: 398–401; Sabrow 2014: 41–43.

44 Petzina 1966; Petzina 1967; Petzina 1968.

45 Plumpe 2006: 226.

für eine Bedrohung des sozialen Friedens auf eine Schwäche Hitlers und des Regimes schloss.⁴⁶ Demnach habe Hitler 1938 eine Erhöhung der Lebensmittelpreise abgelehnt, um Lebensstandard und Arbeitsmoral nicht zu gefährden. Ian Kershaw zweifelt jene Interpretation, wonach eine ökonomische Opposition eine politische Krise des NS-Systems ausgelöst und damit zum Ausbruch des Krieges beigetragen habe, zu Recht an. Während westdeutsche Kritiker Mason vorwarfen, die politischen Ziele des NS-Regimes und die auf einen aggressiven Angriffskrieg hinauslaufenden Rüstungsanstrengungen nicht hinreichend berücksichtigt zu haben, vernachlässigte er in den Augen vieler DDR-Historiker die imperialistischen Ziele des »Monopolkapitals«. Tatsächlich dürften – so auch Kershaw – die sozioökonomischen Faktoren und die politischen Ziele in einem sich verstärkenden Wechselverhältnis zueinander gestanden haben. Hitler und seine Gefolgsleute hatten ohne Zweifel die Absicht, einen Krieg zu führen, und sie wurden hierbei von großen Teilen der ökonomischen und militärischen Elite unterstützt.⁴⁷

Auch wenn ein Teil jener Kontroverse nur vor dem Hintergrund des Ost-West-Gegensatzes zu verstehen ist, führten der erleichterte Quellenzugang und die Herausforderungen durch die DDR-Forschung auch zu einer verstärkten Beschäftigung nicht-marxistischer HistorikerInnen mit der NS-Wirtschaft. Ab Mitte der 1970er Jahre entwickelte sich in diesem Zusammenhang eine intensive Diskussion über die Verantwortung der ökonomischen Elite am Aufstieg der Nationalsozialisten in den frühen 1930er Jahren. Maßgeblich geprägt wurde jene – teils polemisch geführte – Debatte durch Auseinandersetzungen zwischen dem US-Historiker Henry Ashby Turner und dem Fritz Fischer-Schüler Dirk Stegmann.⁴⁸ Während Turner gegen jegliche monopolkapitalistischen Erklärungen anschrüb und eine nennenswerte Finanzierung der NSDAP durch die Großindustrie vor 1933 bestritt, betrachtete Stegmann die Unterstützung großindustrieller Kreise als zentral für den Aufstieg Hitlers. So beurteilten sie die Bedeutung der »Arbeitsstelle Schacht« beispielsweise grundlegend verschieden. Stegmann schrieb jenem Gremium eine Schlüsselrolle in der Ausformung der NS-Wirtschaftspolitik vor 1933 zu, wohingegen Turner es als weitgehend bedeutungslos einstufte. Zwar konnte Turner seine These, wonach die Mehrheit der deutschen

46 Mason 1975; Mason 1977.

47 Hildebrand 2003: 193–221; Kershaw 1988: 156–164.

48 Neebe 1987; Stegmann 1973; Stegmann 1977; Turner 1972; Turner 1974; Turner 1975; Turner 1985.

Großunternehmer den Aufstieg Hitlers weder gewünscht noch unterstützt hätten, durch Quellen führender Unternehmerpersönlichkeiten belegen, allerdings war es ihm nicht möglich, seine Aussagen auf struktureller Ebene zu bekräftigen. Umgekehrt berücksichtigte Stegmann polit-ökonomische Zusammenhänge – wie die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise – nicht hinreichend und ließ die Frage unbeantwortet, inwiefern es im Januar 1933 zu einer Verständigung unterschiedlicher Industriegruppen gekommen war.

Mit der Bedeutung der Interessenverbände in der Endphase der Weimarer Republik beschäftigten sich neben Stegmann vor allem Bernd Weisbrod, Udo Wengst und Reinhard Neebe. Letzterer kam dabei zu dem Ergebnis, dass der interessenpolitische Antagonismus innerhalb der Industrie ein einheitliches Vorgehen nahezu unmöglich gemacht habe, doch sei die Gewerkschaftsfeindlichkeit der NSDAP und ihre Betonung des »Führerprinzips« von weiten Teilen der Industrie begrüßt worden. Bei Neebe kristallisierte sich damit zu Beginn der 1980er Jahre eine Position heraus, die den Aufstieg der Nationalsozialisten nicht auf strukturelle Identitäten zwischen Kapitalismus und Faschismus zurückführte, sondern – unter Betonung des Primats der Politik – auf die ablehnende Haltung der Unternehmer gegenüber Demokratie und Parlamentarismus verwies. Hierauf gründete der Erfolg der Nationalsozialisten, der ohne die vom Abstieg bedrohten alten Eliten und die Mitwirkung von Militäraristokratie, Staatsverwaltung und Justiz nicht zu erklären sei. Diese abwägende Position, die die Unternehmer weder freisprach noch zu Hauptschuldigen erklärte, war für weite Teile der westdeutschen Geschichtswissenschaft anschlussfähig.⁴⁹

Das mangelnde Problembewusstsein großer Teile der westdeutschen Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte gegenüber der Verstrickung von Unternehmen in NS-Verbrechen in den 1960er und frühen 1970er Jahren hing erstens damit zusammen, dass die NS-Vergangenheit nach den Auseinandersetzungen um Entnazifizierung, Entflechtung und Entschädigungen wieder in den Hintergrund trat und die Unternehmen zum Entlastungsnarrativ der Zwangswirtschaft zurückkehrten. Zweitens wurde die Analyse durch Richtungskämpfe marxistischer und nicht-marxistischer HistorikerInnen überdeckt, und drittens bestand bei der 1976 als einer Gemeinschaftseinrichtung von Wirtschaft und Wissenschaft gegründeten Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) ein unvermeidliches Abhängigkeitsver-

49 Abelshauer 2002a; Neebe 1983; Neebe 1981; Weisbrod 1974; Weisbrod 1978; Wengst 1977; Wengst 1980.

hältnis zu den Geldgebern aus der Wirtschaft fort.⁵⁰ Erst nach und nach wandelte sich der Umgang der deutschen Geschichtskultur mit dem Nationalsozialismus. Im Rahmen eines »kollektiven Lernprozesses« wurden immer mehr Elemente der NS-Verfolgungspolitik als Unrecht anerkannt.⁵¹ Dieser Wandel betraf keineswegs nur die Unternehmen, sondern ging mit einer grundsätzlich neuen Sichtweise der Öffentlichkeit und der Geschichtswissenschaft auf den Nationalsozialismus einher.

2.3 Die 1980er Jahre als Übergangszeit: Historikerstreit und Zwangsarbeit

Während die Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Wirtschaft und Nationalsozialismus bis weit in die 1970er Jahre unter dem Eindruck der Systemkonkurrenz standen, bildeten die 1980er Jahre in geschichtskultureller Perspektive eine »Übergangszeit«⁵² – von einigen Autoren nach dem Entlastungskonsens der Nachkriegszeit auch als zweite »geschichtskulturelle Achsenzeit«⁵³ bezeichnet –, in der sich die Vergegenwärtigung der NS-Zeit beim Mainstream der westdeutschen Geschichtswissenschaft deutlich verschob. Während konservative HistorikerInnen und PolitikerInnen Anfang der 1980er Jahre den Versuch unternahmen, über den Begriff der »Identität« ein neues, positives Geschichtsbild zu etablieren, das die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik herausstellen sollte, nahm das mediale und wissenschaftliche Interesse an den Verbrechen des NS-Regimes zu. Zugleich entwickelte sich aus dem links-alternativen Milieu eine neue Geschichtsbewegung von unten, die die Opfer der NS-Herrschaft stärker in den Fokus rückte. Darüber hinaus eröffnete die Hinwendung zur Alltagsgeschichte neue Perspektiven für die Geschichtsschreibung. Aus diesem Zusammenspiel formierte sich alsbald eine hochgradig emotionale Debatte über den Umgang mit der eigenen Geschichte, bei der den Unternehmen eine prominente Rolle zukam.⁵⁴

50 Brünger 2017: 200–217.

51 Lillteicher 2003: 74.

52 Faulenbach 2009.

53 Schmid 2010: 172

54 Assmann/Frevert 1999: 258–271; Brünger 2017: 218–220; Herbert 1992; Herbert 2014: 1010–1014.

Der Konflikt zwischen konservativ-staatlicher Geschichtspolitik und pluralistisch-offenem Geschichtsverständnis fand 1985 einen Höhepunkt, als Bundeskanzler Helmut Kohl ein Zeichen der Versöhnung setzen wollte und gemeinsam mit dem amtierenden US-Präsidenten Ronald Reagan einen Militärfriedhof in Bitburg besuchte, auf dem auch Soldaten der Waffen-SS begrabene waren. Der Besuch verwischte nicht nur die Grenzen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern, sondern auch die Unterschiede zwischen den Tätern und Opfern des NS-Regimes, und entfachte eine breite Diskussion über den Umgang mit dem Nationalsozialismus. Als wirkungsmächtige Antwort auf Kohls Geschichtsbild bezeichnete Bundespräsident Richard von Weizsäcker den 8. Mai 1945 anlässlich seiner Rede zum 40. Jahrestag daraufhin explizit als »Tag der Befreiung« und erinnerte im Sinne einer zu bewahrenden Vergangenheit an die langfristigen Folgen der NS-Angriffskriege bis zur Gegenwart.⁵⁵

Auch in der Geschichtswissenschaft verschoben sich die Perspektiven, nicht zuletzt dank der Impulse aus der 1985 veröffentlichten Dissertation von Ulrich Herbert über den »Ausländereinsatz« in der NS-Kriegswirtschaft.⁵⁶ Die Studie befeuerte die Diskussion um Entschädigung und übte damit Druck auf die Unternehmen aus, sich wissenschaftlich mit ihrer NS-Vergangenheit zu beschäftigen und ihre Archive zu öffnen. In dieser Situation entschied sich die Deutsche Bank Ende 1985, eine Entschädigungszahlung an die Jewish Claim Conference (JCC) zu leisten. Hintergrund war die Übernahme des Flick-Konzerns, dessen Tochtergesellschaft Feldmühle-Nobel AG sich seit vielen Jahren Ansprüchen ehemaliger Zwangsarbeiter gegenüber sah. Der Versuch der Unternehmen, einen Schlussstrich unter die Forderungen nach Wiedergutmachung zu ziehen, war damit gescheitert. Während Friedrich Flick sich entsprechenden Forderungen stets verweigert hatte, war mit der Entscheidung der Deutschen Bank der Startschuss für langjährige Diskussionen über Formen und Höhe von Entschädigungen und für den Boom der NS-Unternehmensgeschichte gefallen.⁵⁷

Die öffentlichen geschichtspolitischen Debatten und die Auseinandersetzungen über die »vergessenen Opfer« der NS-Herrschaft bildeten die Projektionsfläche, vor deren Hintergrund sich im Sommer 1986 der »Historikerstreit« entzündete. Prominentester Vertreter auf Seiten der Konservativen war Ernst Nolte, der das negative Nationalbewusstsein in der

55 Brünger 2017: 222–224; Herbert 2014: 1014–1018.

56 Herbert 1985. Vgl. zur Historisierung der Zwangsarbeiterforschung: Goschler 2010.

57 Borggräfe 2014; Brünger 2017: 233–238.

Bundesrepublik anprangerte und den Holocaust polemisch als (Über-)Reaktion des europäischen Bürgertums auf den bolschewistischen Terror darstellte (Prius-These). Es war vor allem Jürgen Habermas, der die Gegenposition vertrat, einen direkten Zusammenhang zur Geschichtspolitik von Kohl herstellte und Ernst Nolte – wie auch Andreas Hillgruber, Michael Stürmer und Klaus Hildebrand – apologetische Tendenzen vorwarf, mit denen sie die Verbrechen der NS-Herrschaft relativieren würden. In gewisser Weise spiegelte der Historikerstreit damit die Positionen unterschiedlicher politischer Lager in der Bundesrepublik wider. Daneben umfasste er aber zugleich eine für die Geschichtswissenschaft bedeutsame Dimension, denn der Mord an den europäischen Juden hatte bis dahin nicht im Mittelpunkt der historischen Forschung gestanden. Genau dies kritisierte nun der israelische Historiker Saul Friedländer. Langfristig führte dies zu einem Paradigmenwechsel, in dessen Folge die Inangasetzung und Durchführung des Judenmords an die Stelle der NS-Machtergreifung und des Kriegsbeginns in den Fokus rückten. Damit ging ferner ein neuer Blick auf Unternehmen und Unternehmer im Nationalsozialismus einher – in der Geschichtswissenschaft und der Öffentlichkeit.⁵⁸

Indem die Opfer der NS-Gewaltherrschaft stärkere Berücksichtigung erfahren, wandelten sich die Spielregeln auf dem politischen Feld der Wiedergutmachung. Während die verschiedenen Bundesregierungen seit den 1960er Jahren diesbezüglich eine restriktive Linie verfolgt hatten, entwickelte sich – angesichts der Zahlung der Deutschen Bank – ein neuer Entschädigungsaktivismus, der die kontinuierliche Diskriminierung der NS-Opfer durch staatliche Stellen und private Unternehmen anprangerte. Jener Wahrnehmungswandel von Zwangsarbeit als NS-Unrecht bewirkte eine neue opferzentrierte Empathie, in deren Folge Zwangsarbeit nicht mehr nur eine Frage der erinnerungskulturellen Vergangenheit war, sondern sich für die Unternehmen zu einem Problem der Zukunft entwickelte.⁵⁹

Der Bruch mit der bisherigen Sichtweise war letztlich auf zwei Aspekte zurückzuführen. Zum einen zeigte sich – insbesondere bei dem von der GUG veröffentlichten Daimler-Benz-Buch 1986 und der von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte daraufhin vorgelegten Gegenpublikation – dass eine kritisch-historische Forschung als legitimierendes Gütesiegel an

58 Große Kracht 2005a; Herbert 2003a; Herbert 2014: 1019–1022.

59 Brünger 2017: 224–228.

Bedeutung gewann.⁶⁰ Dies war letztlich auch der Grund für den VW-Vorstand, im Mai 1986 einen Forschungsauftrag zur Untersuchung der Unternehmensgeschichte in der NS-Zeit an den renommierten Historiker Hans Mommsen zu vergeben, mit der sich Volkswagen rechtzeitig aus der öffentlichen Schusslinie zog.⁶¹ Bei diesen Debatten handelte es sich inzwischen im Wesentlichen um Kontroversen zwischen HistorikerInnen. Dies galt ebenso für die Auseinandersetzungen zwischen Peter Hayes und Gottfried Plumpe über die Rolle der IG Farben. Hayes kam zu dem Ergebnis, dass sich die IG Farben-Leitung einer primär ökonomischen Logik folgend die ideologisch-politischen Absichten des NS-Regimes zu eigen gemacht habe, und warf Plumpe vor, bestimmte Quellenbestände nur einseitig ausgewertet zu haben. Da sich die Führungsfiguren der IG Farben von einer engen ökonomischen Rationalität leiten ließen, habe es Hayes zufolge einer ideologischen Überzeugung in den Reihen des Vorstands überhaupt nicht bedurft.⁶²

Zum anderen blieb die Entschädigungsfrage an den Unternehmen haften, die zögerlich die moralische Verantwortung für ihr Handeln im Nationalsozialismus übernahmen, individuelle rechtliche Ansprüche jedoch weiterhin ablehnten. Hier setzte nicht zuletzt infolge der zunehmenden Internationalisierung westdeutscher Unternehmen und der ansteigenden Bedeutung der USA als Absatz- und Kapitalmarkt allmählich ein Umdenkprozess ein.⁶³ Gleichwohl blieb die Masse der deutschen Unternehmen weitgehend bei ihren Selbstdarstellungen, wonach der Staat die Wirtschaft im Nationalsozialismus kontrolliert habe. Im Grunde wurde weder hier noch in der Primat-Debatte hinreichend die mögliche Interessenkongruenz von Staat und Unternehmen reflektiert.

Mit der anhaltenden Diskussion um Zwangsarbeit gewann die Frage nach den Handlungsspielräumen von Unternehmensakteuren an Bedeutung. In diesem Zusammenhang entwickelte sich ein Zweig in der Unternehmensgeschichte, der die mikroökonomische Perspektive betonte ohne gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge auszublenden. Letztlich wurde damit die makroökonomisch orientierte Dominanz in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung gebrochen und eine »unternehmenshistorische

60 Brünger 2017: 228–253; Pohl/Habeth/Brüninghaus 1986; Roth/Schmidt/Fröbe 1987; Schanetzky 2010.

61 Brünger 2017: 272–279; Mommsen/Grieger 1996.

62 Hayes 2001; Hayes 1992; Plumpe 1990; Plumpe 1992.

63 Brünger 2017: 253–272; Gregor 2010: 82.

Wende«⁶⁴ eingeleitet. Mit der Konstituierung des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte (AKKU), der für einen stärker theorie- und methodengeleiteten Umgang mit der Geschichte eintritt, fand diese Stoßrichtung 1989/90 seine Institutionalisierung. Indem Unternehmen als soziale Organisationen mit konfligierenden Interessen begriffen wurden, traten auch die Interessen und das Handeln einzelner Akteure – wie von Unternehmern – und damit die Frage nach ihrer individuellen Verstrickung in das NS-Regime stärker in den Fokus.⁶⁵

2.4 Der Boom der Unternehmensgeschichte nach 1989/90

In den 1990er Jahren setzte sich in weiten Teilen der Gesellschaft wie der Geschichtswissenschaft endgültig der Erinnerungsimperativ an Auschwitz und den Holocaust als identitätsstiftendes Narrativ für die Bundesrepublik durch. Ältere, marxistisch orientierte Deutungsmuster verloren an Strahlkraft, während das Postulat einer Pflicht zur Erinnerung an Relevanz gewann und zu einem wahren »Erinnerungsboom« führte.⁶⁶ Dies spiegelte sich sowohl in den Auseinandersetzungen um die Wehrmachtsausstellung und ein zentrales Denkmal für die während des Nationalsozialismus ermordeten Juden als auch in der Debatte um das Buch *Hitlers willige Vollstrecker* des US-Historikers Daniel J. Goldhagen wider. Obschon seine These über den gewachsenen Antisemitismus der Deutschen von der internationalen Fachwissenschaft umfassend kritisiert worden war, entzündete sein moralisch-emotionalisierender Schreibstil über die Leiden der Opfer eine nachhaltige Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit.⁶⁷ Die These vom Primat der Wirtschaft wurde hingegen kaum noch vertreten.⁶⁸

In Verbindung mit der wiederaufkeimenden Frage nach Wiedergutmachung infolge der deutschen Wiedervereinigung erlebte die deutsche Unternehmensgeschichtsschreibung in diesem erinnerungspolitischen Klima einen bisher unbekanntem Boom. Zwar bemühte sich die bundesdeutsche

64 Abelshausen/Hesse/Plumpe 2003: 11.

65 Kleinschmidt 2010.

66 Assmann/Frevert 1999: 272–292; Brünger 2017: 299–303; Frevert 2003; Herbert 2014: 1193–1206; Sabrow 2013.

67 Schönhoven 2002.

68 Overy 1994: 93–118.